

GV 2.6.10

TOP9

Antrag der CDU zur Erhöhung der Kreisumlage

Die SPD-Fraktion Moorrege nimmt folgendermaßen Stellung:

Im Schreiben des Amtes Moorrege vom 16.6.09, das wohl die Grundlage der CDU-Initiative bildet, wird vom Kreis „der überfällige Abbau des erheblichen Personalbestandes“ eingefordert. Das mag pauschal richtig sein. Zur detaillierten Bewertung fehlen uns konkrete Unterlagen. Absurd wird diese Forderung allerdings, wenn man ein weiteres von der Moorreger Mehrheitspartei initiiertes Schreiben des Amtes an den Landrat des Kreises hinzuzieht, in dem es um den Bereich Kindergärten geht. Dort wird die schleppende Bearbeitung der Abrechnungen aus dem Jahr 2008 kritisiert und Abstellung des Missstandes gefordert (was wir übrigens auch für dringend erforderlich halten, um die Zahlungsfähigkeit der Kindergärten zu gewährleisten). Dies geht aber nur durch zusätzlichen personellen Aufwand. Fazit: Es reicht nicht, pauschale Forderungen aufzustellen. Vielmehr muss man konkret werden und dann auch dem Bürger klar und deutlich sagen, was mit den vorhandenen Mitteln noch geht und was nicht.

Im selben Schreiben wird die „intensive Reduzierung von freiwilligen Leistungen“ und „konsequente Aufgabenkritik“ verlangt. Auch hier fehlen uns konkrete Aussagen. Allgemeinplätze helfen an dieser Stelle nicht weiter.

Die Rede ist weiterhin vom „prognostizierten Einbrechen der Anteile an der Einkommen- und Gewerbesteuer“. Natürlich bereitet uns dieser Zustand ebenfalls große Sorgen. Allerdings gibt es immer noch maßgebliche Teile der Bundesregierung, die meines Wissens nicht von Sozialdemokraten beeinflusst werden, in deren Gedanken und Äußerungen ständig von Steuersenkungen gesprochen wird. Das passt wohl kaum zur augenblicklichen Situation und würde die Lage auf allen Ebenen gravierend verschlechtern.

Ins Feld geführt wird auch die Belastung aus der „Umsetzung des Konjunkturpakets II“. Nach unseren Informationen wird keine Gemeinde gezwungen, dieses Programm zu nutzen und durch die Co-Finanzierung sich selbst zu belasten. Dennoch halten wir die in Moorrege angeschobenen Maßnahmen für sinnvoll und vor allem nachhaltig. Wir werden von der Rendite in Zukunft profitieren.

Zur „Kreisgebietsreform“ sollte die CDU in ihren eigenen Reihen für Klarheit sorgen. Es dürfte bekannt sein, wo die entscheidenden Bremser beheimatet sind.

Zusammenfassend stellen wir fest, dass es sich beim Antrag der CDU um eine „Show-Veranstaltung“ handelt, die sich aber in erster Linie gegen die eigene Partei und deren handelnden Personen richtet. Wir gehen davon aus, dass eine Änderung der Kreispolitik durch eine Resolution nicht erfolgt und lehnen daher eine Zustimmung ab.

SPD-Fraktion Moorrege
 Uwe Mahnke
 Fraktionsvorsitzender

